

An den Landrat

---

Glarus, 8. Juni 2010

## **Bericht zur Umsetzung Legislaturplanung 2006-2010**

Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

### **1. Ausgangslage**

Gemäss Artikel 3 Absatz 3 des Verwaltungsorganisationsgesetzes hat der Regierungsrat, zusammen mit dem neuen Legislaturprogramm zugleich Bericht über die Verwirklichung des für die vorangehende Legislatur erstellten Programms zu erstatten. Bereits Mitte 2008 wurde dem Landrat ein Zwischenbericht über die Realisierung des Legislaturprogramms vorgelegt. Der Regierungsrat zog folgende Zwischenbilanz:

„Das Legislaturprogramm 2006-2010 ist ambitiös und von vielen äusseren Faktoren geprägt; generell befinden sich die meisten Projekten im Zeitplan. Nicht mehr in diesem Legislaturprogramm erreicht werden können von den Kernprojekten die Überarbeitung der Richtplanung im Rahmen der Gemeindestrukturreform und gewisse Gesetzgebungsprojekte im Departement Bau und Umwelt.“

### **2. Umsetzung der Legislaturplanung 2006 -2010**

#### **2.1 Regierungsrat**

##### **2.1.1 Umsetzung Gemeindestrukturreform**

Die Vorbereitungen für die von der Landsgemeinde 2006 beschlossene Gemeindestrukturreform sind bis 2010 abzuschliessen. Es sind folgende Massnahmen vorgesehen:

<i>Massnahmen</i>	<i>Priorität</i>	<i>Zuständig</i>	<i>Termin</i>
Überprüfen Aufgabenteilung Kanton/ Gemeinden (s. auch NFA) - Grundsatzentscheid	I	LG	2007
Kantonalisierung Sozial und Vormundschafts- wesen auf 1. Januar 2008 - Totalrevision der gesetzlichen Grundlagen - Organisatorische Umsetzung	I	LG RR/Dep. V+I	2007 2007/08

Erarbeiten Projekt „3 Gemeinden – 1 Kanton“ Anpassen gesetzliche Grundlagen (Verfassung, Gemeindegesetz, Gemeindehaushaltsgesetz usw.)	I	PL Reform/LG	2008 bis 2010
Überarbeiten Richtplanung, primär in Bereichen Wohnzonen, Industriezonen, landwirtschaftliche Vorranggebiete (Fruchtfolgefleichen)	I	LR	2008 bis 2010
Umsetzung	I	RR/Gemeinden	2010/2011

## Stand Umsetzung

*Das Schwerpunktprojekt (Bestandteil der Schwerpunktstrategie) wird – trotz Widerstand mittels Beschwerden an das Bundesgericht und Einberufung einer ausserordentlichen Landsgemeinde – planmässig umgesetzt. Die Projektschritte 1 bis 3 sind bereits von der Landsgemeinde verabschiedet, als letzte Schritte wurde der Landsgemeinde 2010 der Finanzausgleich Kanton/Gemeinden vorgelegt.*

*Das Projekt befindet sich auf Kurs:*

- Die neuen Gemeindeordnungen sind verabschiedet, desgleichen viele andere Verordnungen und Reglemente, so unter anderem im Ver- und Entsorgungs- sowie im Personalbereich. Namen und Wappen der Gemeinden sind bestimmt. Im September 2009 erfolgten die Wahlen der neuen Gemeinderäte, welche ihre Arbeit am 1. Januar 2010 vorerst parallel mit den noch amtierenden Gemeinderäten, ab Mitte 2010 allein, übernommen haben.
- Im 1. Quartal 2010 erfolgte die Besetzung der Kaderstellen in den neuen Gemeinden, im 2. Quartal 2010 läuft nun die Besetzung der übrigen Stellen.
- Im Bereich der Informatik wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe Gemeinden-Kanton eingesetzt, welche eine einheitliche Informatiklösung evaluierte. Nachdem gegen eine erste Arbeitsvergabe von einem unterlegenen Bewerber eine Beschwerde eingereicht wurde, vergab der Regierungsrat Anfang März gestützt auf Art. 153 Abs. 2 KV auf Antrag der Gemeinden die Initial-Dienstleistungen für die Bereiche Finanzen (Abacus), Subjekt-/Objektverwaltung (NEST) und Werke (ISE). Dagegen sind nun Beschwerden bei Verwaltungs- und Bundesgericht hängig.

*Grundsätzlich läuft die Umsetzung des Projektes plangemäss; die drei neuen Gemeinden können ihre Arbeit am 1. Januar 2011 aufnehmen. Nicht mehr in der Legislaturperiode wird die Überarbeitung der Richtplanung erfolgen; das Projekt hat sich als komplexer und zeitaufwändiger erwiesen. Die Überarbeitung der Richtplanung ist – zusammen mit den drei neuen Gemeinden – ein wesentliches Legislaturziel in der Periode 2010 bis 2014. Das Legislaturziel ist grossmehrheitlich erreicht.*

### 2.1.2. Neuer Finanzausgleich (NFA)

Der neue Finanzausgleich ist im Verhältnis Bund/Kanton per 1. Januar 2008 und nach den gleichen Grundsätzen im Verhältnis Kanton/Gemeinden per 1. Januar 2011 (Inkrafttreten Gemeindestrukturreform) umzusetzen.

Massnahmen	Priorität	Zuständig	Termin
Umsetzen NFA Bund/Kanton mit Anpassung Finanzhaushaltsgesetz und aller vom NFA betroffenen gesetzlichen Grundlagen	I	LG	2007
Erarbeiten Grundzüge des neuen kantonalen Finanzausgleichs 2011	I	LG	2007

Entflechten Aufgaben und Finanzströme Kanton/Gemeinden im Hinblick auf die Bildung von drei Einheitsgemeinden	I	LG	2007
Anpassen Finanzhaushaltgesetz, Gemeindehaushaltgesetz und aller weiteren betroffenen gesetzlichen Grundlagen an den neuen kantonsinternen Finanzausgleich	I	LG	2008/09
Umsetzung	I	RR/alle Dep.	2010/2011

### Stand Umsetzung

Die NFA ist im Verhältnis Bund/Kanton umgesetzt (Landsgemeinde 2009). Die Umsetzung auf Stufe Kanton/Gemeinde erfolgte nach den gleichen Grundsätzen an der Landsgemeinde 2010. Das Ziel wurde in der Planperiode erfüllt.

#### 2.1.3 Sanierung Kantonsfinanzen

Die Kantonsfinanzen sind zu sanieren, das strukturelle Defizit von 10 bis 15 Mio. Franken ist auch für die Zeit nach Auslaufen der Sparmassnahmenpakete zu beseitigen.

Massnahmen	Priorität	Zuständig	Termin
konsequentes Umsetzen der Sparmassnahmenpläne 2003 bis 2006	I	LR/RR/Dep.	Ende 2007
Einbauen Auswirkungen NFA in Finanzplan	I	LR/RR	2007
Erarbeiten neuer Finanzplan 2008/2010	I	Dep. F+G/ LR	Ende 2007
evtl. Erarbeiten neuer Massnahmenplan	II	RR	2008/09
Nutzen des Synergiepotenzials der Gemeindestrukturreform (s. Projekt Gemeindestrukturreform)	II	LG/LR	ab 2011

### Stand Umsetzung

Die finanzielle Lage des Kantons konnte in der Zwischenzeit mit der Umsetzung der Sparmassnahmen, Verbesserung der Wirtschaftslage, NFA, Nationalbankgold und „Linthal 2015“ konsolidiert und nachhaltig verbessert werden; das strukturelle Defizit ist beseitigt, weitere Sparpakete sind vorläufig nicht geplant. Das Ziel ist erreicht; es gilt jetzt, die Synergiepotenziale der Gemeindestrukturreform ebenso konsequent zu nutzen.

Allerdings stehen die Kantonsfinanzen – bedingt durch die Banken-/Finanzkrise 2008/09 und die von der Landsgemeinde beschlossenen Steuersenkungen – vor einer weiteren Bewährungsprobe. Auch sind die Auswirkungen der Schuldenkrise in den Euro-Ländern noch nicht vollständig absehbar.

#### 2.1.4 Realisierung Projekt „Linthal 2015“

Das Projekt ist von Seiten des Kantons voranzutreiben, die notwendigen Entscheide sind bis 2010 zu fällen.

Massnahmen	Priorität	Zuständig	Termin
- Projektbegleitung	I	Dep. B+U	laufend

- Erteilen neue Konzession	I	LR	2007
- Erteilen Baubewilligung	I	Gemeinde/RR	2008
- Baubeginn	I	Dep. B+U	2009

### Stand Umsetzung

Die Konzession wurde in der Zwischenzeit erteilt und wird durch die KLL angenommen. Die Vorbereitungsarbeiten für die Realisierung (Sondierstollen, Bauvorbereitung, neue Zufahrten, Installation Bauseilbahnen, neues Ausgleichsbecken, Sanierung Hotel Tödi) sind abgeschlossen. Die Baubewilligung und die energierechtliche Bewilligung wurden Ende Juni 2009 erteilt; nachdem keine Beschwerden gegen sie eingereicht wurden, sind sie rechtskräftig. Der Verwaltungsrat der Axpo fällte im September 2009 den definitiven Baubeschluss zum 2,1 Mia. Franken-Projekt. Das Projekt wird realisiert und volkswirtschaftlich in den nächsten Jahren auch im Kanton wirksam. Die Massnahmen auf Seiten Kanton sind umgesetzt.

### 2.1.5 Umsetzen Mobilitätskonzept

Massnahmen	Priorität	Zuständig	Termin
Genehmigungs- und Mitwirkungsverfahren Kantonaler Richtplan – Sachbereich Verkehr	I	LR	2007
Einführen Verkehrsfonds	I	LG	2007
Umfahrung Näfels bis Glarus, Stichstrassen	I	LR/LG	ab 2008
Verbesserung Langsamverkehr	II	LR/RR	ab 2008
Mobilitätsmarketing und Anreize	II	RR	ab 2008
Optimieren Bussysteme	II	Dep. B+U	bis 2008
Ausbau Glarner Sprinter	I	RR/Dep. B+U	nach 2010

### Stand Umsetzung

Hier ist bis jetzt der Richtplan – Sachbereich Verkehr – verabschiedet und genehmigt. Die Optimierung des Bussystems ist abgeschlossen. Das neue Rollmaterial für den Glarner Sprinter konnte im Juni 2009 – mit Verspätung – dem Betrieb übergeben werden. Die Landsgemeinde 2009 gewährte einen Projektkredit von 4,47 Mio. Franken. Die Projektierung erfolgt in Absprache mit dem Bund (Astra), wobei die Entscheidung des Bundes bezüglich Aufnahme der Umfahrung Näfels bis Glarus ins Nationalstrassennetz von Bedeutung sein werden. Diese erfolgen voraussichtlich erst im Herbst/Winter 2010. Das Mehrjahres-Strassenbauprogramm 2010 – 2020 wird der Landsgemeinde 2010 vorgelegt. Auf die Schaffung eines Verkehrsfonds wurde verzichtet.

Ein weiterer Ausbau des Glarner Sprinters (Studentakt) kann erst ab 2013 erfolgen. Das Legislaturziel ist mehrheitlich erreicht.

### 2.1.6 Überprüfen Grösse/Organisation Landrat

Die Grösse und die Organisation des Landrates sind aufgrund eines gestellten Memorialantrages, der bundesgerichtlichen Rechtsprechung bezüglich der Grösse der Wahlkreise und im Hinblick auf die Gemeindestrukturreform zu überprüfen.

Massnahmen	Priorität	Zuständig	Termin
Überprüfen Funktionsweise und Organisation Landrat	I	LR-Büro	2007

Behandeln Memorialsantrag auf Reduktion der Zahl der Mitglieder des Landrates – Herbeiführen eines Grundsatzentscheides	I	RR/LG	2008
Änderung Wahl- und Abstimmungsgesetz	I	LG	2009
Änderung Landratsverordnung	II	LR	2008/09

### Stand Umsetzung

*Die Revision des Abstimmungsgesetzes und die Behandlung des Memorialsantrages auf Verkleinerung des Landrates wurden an der Landsgemeinde 2008 behandelt; der Landrat wurde von 80 auf 60 Mitglieder verkleinert. Eine Totalrevision der Landratsverordnung wurde vom Landrat im Frühling 2010 behandelt. Sie bringt eine Neuorganisation des Landrates mit neu sechs ständigen Sachkommissionen (nebst Finanzaufsichts- und Geschäftsprüfungskommission) sowie eine Beschleunigung der Behandlung von Vorstössen. Das Legislaturziel ist erreicht.*

#### 2.1.7 Verstärkung Kantonsmarketing

Mit Blick auf eine nachhaltige Nutzung von Chancen (Gemeindestrukturereform, Linthal 2015), und zur Minderung von Risiken (u. a. demographische Entwicklung) ist ein Kantonsmarketing aufzubauen.

Massnahme	Priorität	Zuständig	Termin
Erarbeiten Konzept Kantonsmarketing (Image)	I	RR	2007
Verstärkung Standort- und Wohnortmarketing, Umsetzung Konzept	I	RR/Dep. V+I	laufend
Entwicklung Steuerstrategie	I	RR/Dep. F+G	2007

### Stand Umsetzung

- *Die Steuerstrategie wurde erarbeitet; sie wurde schrittweise umgesetzt mit beträchtlichen Steuerreduktionen für natürliche und juristische Personen.*
- *Das Standort- und Wohnortmarketing wurde verstärkt; wichtige Unternehmen investieren weiterhin im Kanton, es konnten auch Neuansiedlungen vor allem im Raum Glarus Nord erreicht werden. Die Ansiedlung des Verwaltungs- und Verteilzentrum Lidl scheiterte. Das Projekt Einkaufszentrum ECE in der Biäsche in Mollis/Weesen ist momentan durch ein Beschwerdeverfahren blockiert.*
- *Beim Wohnortmarketing wurden entsprechende Marketinginstrumente erarbeitet. Vor allem im Glarus Nord und Mitte ist eine rege Bautätigkeit zu verzeichnen, die Wohnbevölkerung konnte stabilisiert werden*
- *Ende 2008 wurde das Projekt Kantonsmarketing gestartet und im Juni 2009 lanciert; es wird nun in den nächsten drei Jahren umgesetzt.*
- *Die Ziele wurden grossmehrheitlich erreicht.*

#### 2.1.8 Umsetzen Verwaltungsorganisation 2006

Die Umsetzung der Verwaltungsorganisation 2006 ist abzuschliessen.

Massnahmen	Priorität	Zuständig	Termin
Abschluss Umbauten in Verwaltungsgebäuden	I	Dep. B+U	2006
Einführung Geschäftsverwaltungssystem	I - II	Staatska/Dep.	2007/08

Umsetzen Massnahmenplan Aufgabenüberprüfung	II	alle	2006-10
---	----	------	---------

### Stand Umsetzung

*Das Projekt ist erfolgreich abgeschlossen; es wurden bereits entsprechende Feinkorrekturen vorgenommen. Das Ziel wurde erreicht. Das neue Geschäftsverwaltungssystem ist bis Mitte 2010 in drei Departemente erfolgreich eingeführt. Die beiden letzten Departemente werde es bis Mitte 2011 ebenfalls eingeführt haben (Bau und Umwelt, 2. Hälfte 2010, Bildung und Kultur, 1. Hälfte 2011)*

### 2.1.9. Neues Lohnsystem für Verwaltung und Lehrerschaft

Auf 2008 ist ein neues einheitliches Lohnsystem, welches keine Automatismen mehr enthält sondern Lohnbänder einführt, umzusetzen.

Massnahmen	Priorität	Zuständig	Termin
Erarbeiten Konzept	I	Personalko.	Ende 2006
Überprüfen Grundlagen für Einstufung in Lohnbänder/Ergänzen und Aktualisieren Funktionsraster	I	Personalko.	Mitte 2007
Erarbeiten neue Lohnverordnung mit Inkrafttreten per 1. Januar 2008	I	RR/LR	Ende 2007

### Stand Umsetzung

*Die neue Lohnverordnung mit Gültigkeit für Behörden, Staatsangestellte und Lehrerschaft ist in Kraft, das Kader wurde bezüglich Zielvereinbarung/Mitarbeiterbeurteilung geschult. Per 1. Januar 2010 wird das neue leistungsabhängige Lohnsystem für die kantonale Verwaltung, für die Lehrpersonen sowie das Personal des Kantonsspitals eingeführt.*

## 2.2. Departemente

### 2.2.1 Departement Finanzen und Gesundheit

Hauptziele bilden – nebst der Umsetzung der NFA, der Sanierung der Kantonsfinanzen und der Erarbeitung einer neuen Lohnverordnung als Ziele des Regierungsrates – die Erarbeitung einer Steuerstrategie, die Umsetzung des neuen Gesundheitsgesetzes und die Erarbeitung einer Strategie für das Kantonsspital samt Überprüfung des Leistungsauftrages.

#### Gesetzgebungsprojekte

Massnahmen	Priorität	Zuständig	Termin
Neue Personalverordnung	I	RR	2006
Einführen neues Gesundheitsgesetz und Verordnungen, insbes. Verordnungen über spitalexterne Krankenpflege, Spital (-Organisation, -Finanzierung, -Leistungsauftrag), Lebensmittel, Heil- und Betäubungsmittel, Berufe und Einrichtungen der Gesundheitsversorgung, Gebührenordnung, Gesundheitspolizei	I I	LG LR/RR	2007 2007–2009

Anpassen Finanzhaushaltgesetz im Zusammenhang mit der Umstellung der Kantonsrechnung auf die neuen Rechnungslegungsvorschriften	II	LG	2010
---	----	----	------

### Projekte

Massnahmen	Priorität	Zuständig	Termin
Controlling der Umsetzung der offenen Sparmassnahmen, inkl. Prüfen Massnahmen aus Verwaltungsorganisation 2006	I	Dep./RR	2007
Übernahme IPV von Ausgleichskasse	I	RR	2008
Entwickeln Steuerstrategie mit Modifikationen der Steuerbelastung	I	RR	2007
Erarbeiten einer Spitalstrategie	I	LR/RR	2007
- Überprüfen Leistungsauftrag	I	RR	2008
- Einführen DRG als Abgeltungsmodell mit Fallkostenpauschalen	I	Dep./RR	2008
- Erarbeiten Investitionsplanung für Ersatz-, Neuanschaffungen	I	Dep./RR	2008
Ausserkantonale Hospitalisationen – Überprüfen von Zweckmässig- und Wirtschaftlichkeit sowie Prüfen von neuen regionalen und interkantonalen Allianzen	I	Dep./RR	laufend
Ändern des Steuerabrechnungssystems (von IST auf SOLL)	II	RR	2010
Anpassen des Rechnungswesens an die neuen Rechnungslegungsvorschriften (Konsolidierung, Anlagebuchhaltung, Geldflussrechnung, neuer Kontenrahmen)	II	RR	2010
Überprüfen Synergiepotenzial Informatik Kanton/Gemeinden im Hinblick auf Gemeindestruktureform	II	RR/Glarus Hoch3	2010
Überprüfung und Anpassung Eignerstrategie Kantonalbank	I	DFG/RR	2010

### Stand Umsetzung

*Alle grossen Projekte (Steuerstrategie, Revision Gesundheitsgesetzgebung, neu Spitalstrategie, neuer Finanzausgleich mit NFA und Ausgleich Kanton/Gemeinden, neues Finanzhaushaltgesetz mit neuer Rechnungslegung nach HRM2, neues Lohnsystem) befinden sich im Zeitplan und werden bis Mitte 2010 umgesetzt. Mit den Problemen rund um die Glarner Kantonalbank kamen zusätzliche Aufgaben (Entwicklung Eignerstrategie, Revision des Kantonalbankgesetzes, Vertretung Interessen Kanton im Bankrat) dazu.*

#### 2.2.2 Departement Bildung und Kultur

Schwerpunkte der Departementstätigkeit bilden – nebst der Umsetzung der Gemeindestruktureform im Bildungsbereich und der Einführung einer neuen gemeinsamen Lohnverordnung – das generelle Überprüfen des Schulangebotes und des familienergänzenden Betreuungsangebotes im Hinblick auf das schweizerische Projekt HarmoS und das Erarbeiten eines neuen Sonderschulkonzeptes.

## Gesetzgebungsprojekte

<i>Massnahmen</i>	<i>Priorität</i>	<i>Zuständig</i>	<i>Termin</i>
Anpassen der Bestimmungen an das neue BG über die Berufsbildung; Anpassen der Strukturen	I	LG	2007
Verankern der Sportschule im Bildungsgesetz, Auswerten der Versuchsphase	I	LG	2007
Beitritt zum interkantonalen Konkordat HarmoS	I	LG	2008
Revision der Sportgesetzgebung	II	LG	2000/10
Anpassen der Volksschulstrukturen und der Rollenteilung Kanton/Gemeinden an die Bedürfnisse mit noch drei Gemeinden	I	LG	2009
Auswerten Versuch und Entscheid über die Einführung der Basisstufe	II	LG	2010

## Projekte

<i>Massnahmen</i>	<i>Priorität</i>	<i>Zuständig</i>	<i>Termin</i>
Fremdsprachen an der Primarschule - Einführen von Englisch in der Primarschule - Entscheid Französisch in der Primarschule	I I	RR LR	2008 2007/08
Neuregeln der Beteiligung an der Trägerschaft der Fachhochschule zufolge absehbarer Neustrukturierung der Fachhochschule Ostschweiz	I	LR	2008
Überprüfen/Anpassen familienergänzendes Betreuungsangebot, im Rahmen vom HarmoS und Gemeindestrukturereform	I	LR	2009/10
Einführen Blockzeiten in der Primarschule, im Rahmen vom HarmoS und Gemeindestrukturereform	I	RR	2009/10
Erarbeiten Sonderschulkonzept und Anpassen Sonderschulstrukturen an die unter dem NFA veränderte Bedürfnislage; Neuregelung Finanzierung Sonderschulungskosten	II	LR/RR	2010

## Stand Umsetzung

*Die Umsetzung aller Projekte (Gesetzgebung und andere) befindet sich mit Ausnahme der Revision der Sportgesetzgebung sowie des Entscheides über eine allfällige Einführung der Basisstufe im Zeitplan. Die Legislaturziele konnten erreicht werden, insbesondere die umfassende Revision des Bildungsgesetzes (Gemeindestrukturereform, Beitritt und Umsetzung HarmoS, neues Sonderpädagogikkonzept, Neuregelung Fremdsprachen an der Primarschule) und die Revision des Berufsbildungsgesetzes. Die Sportgesetzgebung wird erst in der zweiten Hälfte der neuen Legislatur (2010 bis 2014) revidiert, ein Entscheid zur Basisstufe wird voraussichtlich im selben Zeitraum zu fällen sein.*

### **2.2.3. Departement Bau und Umwelt**

Schwerpunkte bilden das Umsetzen des Mobilitätskonzeptes, die konsequentere Nutzung der Wasserkraft sowie das erneute Überprüfen der Raumplanung im Hinblick auf die Gemeindestrukturereform. Zudem soll dem Strassenunterhalt vermehrt Bedeutung zugemessen und eine Vorlage zur Totalrevision des Planungs- und Baugesetzes erarbeitet werden.

## Gesetzgebungsprojekte

<i>Massnahmen</i>	<i>Priorität</i>	<i>Zuständig</i>	<i>Termin</i>
Schaffen eines Wassergesetzes	I	Dep. B+U/LG	2008
Revision Umweltschutzgesetz, Natur- und Heimatschutzgesetz	I	LG	2008
Revision Raumplanungs- und Baugesetz	I	LG	2008/09
Revision öV-Gesetz	I	LG	2009/10
Beitritt zur revidierten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen	II	LR/LG	2008

## Projekte

<i>Massnahmen</i>	<i>Priorität</i>	<i>Zuständig</i>	<i>Termin</i>
Neuorganisation kantonaler Forstdienst (Massnahme 14a)	I	Dep./RR	2007
Schaffen einer Naturgefahrenkommission	I	RR	2007
Umsetzen Linthsanierung	I	Linthkommission	ab 2007
Überprüfen Kostendeckungsgrad öffentlicher Verkehr; Festlegen Minimalstandards	I	RR	2007
Neuorganisation Fischbrutanstalt	I	RR	2007
Aufbau digitale Waldbestandeskarte	I	Dep./RR	2008
Erneuern Massnahmenplan Luft	II	RR	2008
Erneuern Abfallkonzept	II	RR	2009

## Bauprojekte

<i>Massnahmen</i>	<i>Priorität</i>	<i>Zuständig</i>	<i>Termin</i>
Sanierung und Nutzungsoptimierung Gerichtshaus	I	LR	2007/08
Gesamtnutzung Zeughaus	I	RR	2008
Sanierungsprojekte Kantonsspital (Wäscherei, Terrassenhäuser)	I	LR	laufend
Sanierung Zaunschulhaus	I	RR	laufend
Galerien Sernftal	I	LG/Dep.	2006/07
Sicherheitsrelevante Sanierung Klausenstrasse	II	LR	laufend

## Stand Umsetzung

*Verschiebungen ergaben sich bei den Gesetzgebungsprojekten:*

- *Das neue Raumplanungs- und Baugesetz wird der Landsgemeinde 2010 vorgelegt, weitere Projekte befinden sich im Zeitplan.*
- *Zusätzlich wurde das Energiegesetz revidiert und darin die Besteuerung der Wasserkraft und die Verteilung Kanton/Gemeinden neu geregelt; 2010 wurde zudem noch ein Energie- und ein Gewässerrenaturierungsfonds geschaffen werden.*
- *2010 wurde ein neues Geoinformationsgesetz der Landsgemeinde unterbreitet.*
- *Auf die nächste Legislaturperiode hingegen muss die Schaffung eines neuen Wassergesetzes, sowie die Revision des Umweltschutzgesetzes und des Natur- und Heimatschutzgesetzes verschoben werden. Die Begleitung des Schwerpunktprojektes Linthal 2015 hatte hier Priorität.*

Die meisten Organisations- und Bauprojekte konnten in der Legislatur umgesetzt werden. Im Hochbau wurde die Sanierung und Nutzungsoptimierung des Gerichtshauses sowie die Sanierung von Kantonschule und Zaunschulhaus vorangetrieben; zusätzlich wurden weitere Bereiche des Rathauses saniert. Im Tiefbau konnte die Sanierung der Linth ein Jahr später in Angriff genommen werden und befindet sich jetzt in vollem Gange. Auch wurden verschiedene Hochwasserschutzprojekte – zusammen mit den Gemeinden – realisiert. Die Erweiterungen der Galerien an der Sernftalstrasse sind abgeschlossen. Nach dem positiven Landsgemeindeentscheid 2009 wurde die Projektierung der Umfahrungsstrasse Näfels bis Glarus in Angriff genommen. Die restlichen Sanierungsarbeiten an der Klausenstrasse wurden auf das Mehrjahres-Strassenbauprogramm 2010 bis 2019 zurückgestellt. Die Landsgemeinde 2010 genehmigte dieses Mehrjahresprogramm ohne Änderungen.

#### 2.2.4 Departement Volkswirtschaft und Inneres

Der Schwerpunkt liegt im Umsetzen der Gemeindestrukturreform, bei welcher das Departement federführend beteiligt ist. Direkt betroffen ist es von der Kantonalisierung des Sozial- und Vormundtschaftswesens. Daneben bleibt nur noch Raum für kleinere Revisionsprojekte im Gesetzgebungsbereich.

##### Gesetzgebungsprojekte

Massnahmen	Priorität	Zuständig	Termin
Revision gesetzliche Grundlagen Kantonale Ausgleichskasse	I	LG	2008
Revision EG zum BG über die Invalidenversicherung	I	LG	2008
Überprüfen Gesetz über Erwerbsersatzleistungen für einkommensschwache Eltern	II	LG	2009
Nachfolgeregelungen für Wirtschaftsförderungsgesetz und Investitionshilfegesetz	II	LG	2009
Regelung i. S. Schwarzarbeit	II	LR/LG	2009

##### Projekte

Massnahmen	Priorität	Zuständig	Termin
Erarbeiten eines Behindertenkonzepts, Schaffung der gesetzlichen Grundlagen Erarbeiten Behindertenkonzept	I	Dep. V+I	2010/2011
Umsetzung Kantonalisierung Sozial- und Vormundtschaftswesen	I	Projektteam Dep. V+I	2007/08

#### Stand Umsetzung

Verschiedene Gesetzgebungsprojekte (Revision EG zum IVG, Revision Gesetz über Erwerbsersatzleistungen, Nachfolgegesetzgebung Wirtschaftsförderung/Investitionshilfe) mussten - bedingt durch die Gemeindestrukturreform, welche Priorität genießt – auf die nächste Legislaturperiode verschoben werden. Verschiedene neue Gesetzgebungsprojekte (Tourismusentwicklungsgesetz, neues Beurkundungsgesetz, neues Familienzulagengesetz) wurden dafür von der Landsgemeinde verabschiedet.

Das Projekt *Gemeindestrukturreform* befindet sich – wie bereits erwähnt – im Zeitplan, die *Kantonalisierung des Sozial- und Vormundtschaftswesens* wurde in der Legislaturperiode erfolgreich umgesetzt.

### 2.2.5. Departement Sicherheit und Justiz

Es besteht Nachholbedarf bei der Gesetzgebung, wobei Polizeigesetz und Anpassungsgesetzgebung an Bundesvorlagen (Allgemeiner Teil Strafgesetzbuch, Bundesgerichtsgesetz, Schengen/Dublin) die Schwerpunkte bilden. Daneben sind die Auswirkungen von Armee XXI umzusetzen.

#### Gesetzgebungsprojekte

<i>Massnahmen</i>	<i>Priorität</i>	<i>Zuständig</i>	<i>Termin</i>
Anpassen Erlasse an revidierten allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches (StGB) und Jugendstrafgesetz (JStG)	I	LG	2007
Schaffen Polizeigesetz, inkl. Ausführungsverordnungen	I	LG	2007
Anpassen kantonale Erlasse an Schengen/Dublin	I	LG	2008
Memorialsantrag rauchfreie Räume/Änderung Gastwirtschaftsgesetz	I	LG	2008
Anpassen Erlasse an Bundesgerichtsgesetz	I	LG	2008/09
Anpassen Erlasse an Konzept Armee XXI	I	LG	2008
Revision Spielautomatenverordnung	II	LR	2008
Aufheben, evtl. Revision Gesetz über Filmwesen	II	LG	2009/10
Revision Handelspolizeigesetz	II	LG	2009/10
Revision Verordnung zum BG über Mass und Gewicht	II	LR	2009/10
Anpassen Erlasse an eidg. StPO	II	LG	2010

#### Projekte

<i>Massnahmen</i>	<i>Priorität</i>	<i>Zuständig</i>	<i>Termin</i>
Reorganisation Militärbetriebe/Projekt Synepla	I	RR	2007
Erarbeiten Interventionskonzept häusliche Gewalt	I	RR/Dep.	2007

### Stand Umsetzung

Die Mehrzahl der Gesetzgebungsprojekte wurden realisiert, einige weniger prioritäre (Konzept Armee XXI, Filmgesetz, Handelspolizeigesetz, Verordnungen) wurden auf die nächste Legislaturperiode verschoben. Die Memorialsanträge betreffend Rauchverbot sowie Vorstösse für Anpassungen des Bürgerrechtsgesetzes wurden der Landsgemeinde 2010 vorgelegt.

Das gleiche gilt für die Einführungserlasse für die neuen Bundesstraf- und Bundeszivilprozessordnungen und eine Revision des Sachversicherungsgesetzes, welche zusätzlich zum Legislaturprogramm erarbeitet wurden. Zusätzlich waren ebenfalls die Revision des Ausländergesetzes sowie das Registerharmonisierungsgesetz zu bearbeiten.

## 2.2.6. Staatskanzlei und Finanzkontrolle

Kernziele bilden – nebst der Unterstützung von Regierungsrat und Departementen bei der Umsetzung der Legislaturziele – die Erarbeitung einer E-Government-Strategie (auch im Hinblick auf die Gemeindestrukturreform) und das Überprüfen des Leistungsauftrages der Finanzkontrolle aufgrund der veränderten personellen Situation.

### Projekte

Massnahmen	Priorität	Zuständig	Termin
Überprüfen Organisation und Leistungsauftrag Finanzkontrolle	I	LR/RR	2007
Neuorganisation Materialbeschaffung in Zusammenarbeit mit Kantonsspital	I	Staatskanzlei/KSG	2008
Erarbeiten E-Government-Strategie	I	Staatskanzlei/Informatik/Glarus Hoch3	2009

### Stand Umsetzung

*Bedingt durch neue Projekte (Neues, CI/CD, Einführung elektronische Geschäftsverwaltung Konsul, Kantonsmarketing, Organisation Landrat/neue Landratsverordnung, Stimmrechtsalter 16, Mitarbeit Gemeindestrukturreform/ Projektleitung Personelles, Telefonie) ergaben sich neue Prioritäten.*

- *Bezüglich E-Government wurden verschiedene Projekte (Konsul, E-Voting für Auslandsschweizer, Mitarbeit AG C4 Gemeindestrukturreform und Glarus Hoch3) bearbeitet, wobei die E-Government-Strategie des Bundes die Richtschnur für den Kanton bildet. Mit den drei neuen Gemeinden wird in der neuen Legislatur eine gemeinsame E-Government-Strategie für Kanton und Gemeinden erarbeitet und formuliert.*
- *Die Materialbeschaffung innerhalb der kantonalen Verwaltung wurde – wie beim Konzept Kopierer/Drucker – noch verstärkt zentralisiert. Das Projekt wird nach den Sommerferien abgeschlossen.*
- *Bedingt durch unvorhergesehene personelle Änderungen musste die Ergänzung des Finanzhaushaltgesetzes (Finanzkontrolle) auf die Landsgemeinde 2011 verschoben werden.*

## 3. Zusammenfassung

Das Legislaturprogramm 2006/2010 war umfangreich und ambitiös. Vor allem Grossprojekte wie die Gemeindestrukturreform, Linthal 2015 und NFA mit vielen Teilprojekten banden in unserer vergleichsweise kleinen kantonalen Verwaltung personelle Ressourcen und forderten sie – nebst dem Tagesgeschäft – aufs Äusserste. Dies und andere ungeplante Ereignisse (Einsprachen gegen Projekt „Glaruspark“ und Linthsanierung, ausserordentliche Landsgemeinde 2007, Glarner Kantonalbank, Beschwerden zu Wasserrechtskonzessionen und Vergaben Informatik im Rahmen der Gemeindestrukturreform) machten Prioritätensetzungen mit gewissen Anpassungen und Verschiebungen notwendig. Trotzdem darf sich die Bilanz sehen lassen.

- Bei den Kernprojekten des Regierungsrates konnten alle gesetzten Ziele praktisch vollständig erreicht werden. Die neue Verwaltungsorganisation samt neuem Lohnsystem, NFA und die Steuerstrategie sind umgesetzt und erfolgreich implementiert; das Projekt Gemeindestrukturreform im Projektplan und kurz vor der endgültigen Realisierung. Die

Kantonsfinanzen sind – Sparmassnahmen, NFA und Projekt Linthal 2015 sei dank – saniert; beim Projekt „Linthal 2015“ liegen Konzession und energierechtliche Baubewilligung vor, der Verwaltungsrat der Axpo hat der Realisierung des Projektes im September 2009 zugestimmt. Bezüglich Mobilitätskonzept wurden grundlegende Entscheide bei Strasse (Richtplan Verkehr, Projektierungskredit für Umfahrung Näfels-Glarus) und öV (Überprüfung Buskonzept, neues Rollmaterial Glarner Sprinter mit Option auf Stunden-takt ab 2013) getroffen. Grösse und Organisation des Landrates wurden überprüft, die Landratsverordnung im Frühling 2010 revidiert, das Kantonsmarketing verstärkt. Einzig die Überarbeitung der Richtplanung erwies sich als komplexer und zeitaufwändiger und ist – zusammen mit den drei neuen Gemeinden – nun in der nächsten Legislaturperiode 2010 bis 2014 ein Kernprojekt.

- Das gleiche gilt für die Projekte der Departemente sowie der Staatskanzlei/ Finanzkontrolle; sie konnten grossmehrheitlich umgesetzt werden. Einzig mussten einige, mehrheitlich nicht prioritäre Gesetzgebungsprojekte (vgl. Bilanzen der einzelnen Departemente) auf die nächste Legislaturperiode verschoben werden. Ins Gewicht fällt hier die Schaffung eines neuen Wassergesetzes, welche aus verschiedenen Gründen (kontroverse Vernehmlassungen, offene Rechtsfragen, Erneuerung zweier Grosskonzessionen) zurückgestellt werden musste. Bei drei Grossprojekten (Umfahrung Näfels-Glarus, Linthsanierung, Projekt Glaruspark) ergaben sich primär durch äussere Faktoren (ausstehende Entscheide auf Bundesebene, Rechtmittelverfahren) verursachte Verzögerungen.

#### **4. Antrag**

*Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, vom Bericht zur Umsetzung des Legislaturprogramms 2006 bis 2010 Kenntnis zu nehmen.*

Genehmigen Sie, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

**Im Namen des Regierungsrates**

*Röbi Marti, Landammann  
lic. iur. Hansjörg Dürst, Ratsschreiber*